

Infoblatt September 2017

GEW-Forderungen zur Bundestagswahl: Mehr Geld in Bildung investieren und Rechtsrahmen verbessern. - Appell „Gute Bildung für alle!“

Vor der Bundestagswahl hat die GEW mit einem [Appell](#) Druck für eine auskömmliche Bildungsfinanzierung gemacht. Der Appell enthält u.a. die Forderung nach mehr Zeit und mehr Raum für Lernen und Bildung, insgesamt fordert er eine bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen; gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Bildung, heißt es im Appell. Die GEW hat eine große Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften für den Appell gewonnen, u.a. haben der DGB und der Bundesverband der Träger Beruflicher Bildung den Appell unterzeichnet.

In der zweiten Augushälfte hat die GEW 15 [bildungspolitische Anforderungen an eine neue Bundesregierung](#) vorgestellt. In allen Bildungsbereichen muss die Politik endlich mehr Geld für Bildung zur Verfügung stellen und den Rechtsrahmen für deren Qualität verbessern. So sind die Bildungseinrichtungen zu sanieren, Sozialarbeiter/innen einzustellen, die Ausbildung der Lehrkräfte zu verbessern und die Beschäftigten vor der Entgrenzung der Arbeitszeit zu schützen, für geflüchtete und Asylsuchende fordert die GEW, den Zugang zu Bildung zu ermöglichen (s. grafische [Kurzdarstellung der Forderungen](#)). Hinsichtlich der Weiterbildung fordert die GEW den Gesetzgeber auf, mit einem Bundesgesetz für die Weiterbildung Rahmenbedingungen festzulegen. Diese sollen die Finanzierung, die Lernzeiten, den Zugang sowie die Qualitätssicherung der Angebote und die Professionalität des Personals regeln. Im Rahmen der GEW-Initiative „[Bildung. Weiter denken!](#)“ haben zahlreiche Prominente in Kurstatements ausgedrückt, was gute Bildung für sie bedeutet und was sie uns wert ist; fast täglich schließen sich [neue Aussagen](#) an.

Dass gute Bildung nicht nur eine hehre Forderung, sondern realistisch finanzierbar ist, weist die GEW mit ihrem [Steuerkonzept](#) nach. Ohne `revolutionäre` Änderungen könnten Bund, Länder und Gemeinden aktuell 99,1 Milliarden Euro an Mehreinnahmen erzielen. Hieraus lässt sich eine gute öffentliche Infrastruktur finanzieren, zu der auch ein gutes öffentliches Bildungswesen gehört.

Duales Studium

Der Hauptvorstand der GEW hat in seiner

jüngsten Sitzung den Beschluss „[Duales Studium](#)“ getroffen, dem Gewerkschaftstagsanträge der Bundesfachgruppenausschüsse Gewerbliche und Kaufmännische Schulen wie auch Hochschule und Forschung zugrunde lagen. Der Beschluss beschreibt zunächst die jeweiligen Ziele der beruflichen und der hochschulischen Bildung und fasst sowohl das ausbildungsintegrierende wie auch das praxisintegrierende Studium als duales Studium auf. Lediglich ausbildungs- oder berufsbegleitende Studienmodelle werden von dieser Definition des Dualen Studiums nicht erfasst. Für die Sicherung und Verbesserung der Qualität dualer Studiengänge fordert der Beschluss eine Reihe wichtiger Voraussetzungen ein – so darf die in einem nicht-dualen Vollzeitstudium übliche durchschnittliche Arbeitsbelastung nicht überschritten werden und der Lernort Berufspraxis ist im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes zu gestalten. Hinsichtlich des Zugangs und der Finanzierung fordert die GEW u.a. eine Bewerber/innenauswahl gemeinsam durch alle beteiligten Partner/innen – und nicht wie bisher einseitig durch die Praxispartner/innen -, den Ausgleich der finanziellen Belastung der Studierenden durch die kooperierenden Unternehmen und die Vergütung der Studierenden mindestens entsprechend dem BAföG-Höchstsatz. In den Praxiseinrichtungen erhalten die Studierenden einen Arbeitsvertrag und fallen somit unter das Betriebsverfassungsrecht, vertreten werden sie durch die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie den Betriebsrat. Genau beobachtet werden sollte, ob der Zuwachs dualer Studienangebote mit einem Rückgang an Ausbildungsplätzen der betrieblichen Praxispartner/innen sowie mit geringeren Aufstiegsperspektiven von Berufsausbildungsabsolventen/innen verbunden ist.

Die Bundesfachgruppenausschüsse Gewerbliche und Kaufmännische Schulen betrachten den Beschluss als Gegenstand der Bemühungen der GEW, berufliche und allgemeine Bildung als gleichwertig zu betrachten.

DGB-Ausbildungsreport 2017

Der [Ausbildungsreport der DGB-Jugend](#)



GEW-Hauptvorstand

GEW-Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-326
arnfried.glaeser@gew.de

Sekretariat
Christine Sturm
069/78973-319
christine.sturm@gew.de

Fax: 069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter: twitter.com/gew_bund

Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen

Ralf Becker (Vorsitzender)
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

zeichnet ein umfassendes Bild der Situation der dualen Ausbildung in Deutschland. Zwar zeigen sich 71,9 Prozent der Auszubildenden zufrieden mit ihrer Ausbildung, gleichzeitig jedoch werden deutliche Qualitätsmängel abhängig von Branchen, Ausbildungsberufen und Betriebsgrößen deutlich. So gaben gut 35 % aller Auszubildenden an, keinen betrieblichen Ausbildungsplan zu haben, und 11,5 % aller Auszubildenden, immer oder häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten leisten zu müssen. 10 % der Auszubildenden stehen selten oder nie ihr/e Ausbilder/in am Arbeitsplatz zur Verfügung. Jede/r dritte Auszubildende (36,2 %) muss regelmäßig Überstunden leisten. Knapp 43 % der Auszubildenden im dritten Ausbildungsjahr wussten zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht, ob sie im Anschluss an die Ausbildung übernommen werden.

Der Schwerpunkt des diesjährigen Reports betrachtet die Qualität der Berufsschule: Lediglich die Hälfte (50,4 %) der Auszubildenden fühlt sich durch den Berufsschulbesuch gut auf die theoretische Prüfung vorbereitet. Aus Sicht der Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen stimmt die Einschätzung der fachlichen Qualität des Berufsschulunterrichts besonders bedenklich:



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2017

Gerade einmal 58 % der befragten Auszubildenden bewerten die fachliche Qualität noch als mindestens gut – im Jahr 2009 waren es noch zwei Drittel der Befragten. Die im Ausbildungsreport formulierte Forderung der DGB-Jugend lautet (S. 11): „Um die Berufsschule als gleichwertige Akteurin der dualen Ausbildung zu etablieren, ist eine Investition

in die Ausstattung der Schulen dringend notwendig... Zur besseren Verzahnung der Lernprozesse an beiden Orten ((Ausbildungsbetrieb, Berufsschule)) der dualen Ausbildung müssen lernortübergreifende Berufsbildungspläne unter Einbezug der Sozialpartner und betrieblichen Interessenvertretungen entwickelt werden. Damit dies gelingt, braucht es zusätzliche Ressourcen – sowohl bei der Personalausstattung als auch bei der infrastrukturellen Ausstattung der Berufsschulen.“

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen sehen im Ausbildungsreport einen Beleg für die langjährigen Forderungen an die Länder, die Rahmenbedingungen für das Lernen in den berufsbildenden Schulen nachhaltig zu verbessern. Die Bundesfachgruppen betonen aber nach wie vor, dass auch die nicht duale Berufsausbildung, u.a. die vollzeitschulischen Berufsausbildungen in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen mehr Anerkennung und Wertschätzung und einer Qualitätsverbesserung bedürfen.

Offensive für eine solidarische Bildung

Für eine parteiübergreifende Allianz zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und bildungspolitischen Akteuren wirbt die Schrift „[Offensive für eine solidarische Bildung](#)“ im Kontext der Bundestagswahl 2017 und darüber hinaus“. Die Gewerkschafter/in Dr. Harry Neß, Dr. Stephanie Odenwald und Dr. Volker Rein plädieren mit der Denkschrift des [Instituts für solidarische Moderne](#) für einen Politikwechsel, um in allen gesellschaftlichen Bereichen die persönliche Entwicklung der Menschen und ihre Teilhabe in der Gesellschaft ins Zentrum des öffentlichen Diskurses zu setzen. Dazu gehören u.a. ein Recht auf Ausbildung, eine Umlagefinanzierung der betrieblichen Berufsbildung, ein Recht auf lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen einschließlich einer verbesserten Bildungsberatung, eine nachhaltige sukzessive Erhöhung der Bildungsausgaben wie auch eine Verbesserung der Einkommen und Beschäftigung von im Bildungswesen Tätigen.

Foto: GEW



GEW-Hauptvorstand

**GEW-Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter

Ansgar Klinger

069/78973-325

ansgar.klinger@gew.de

Referent

Arnfried Gläser

069/78973-319

arnfried.glaeser@gew.de

Sekretariat

Christine Sturm

069/78973-326

christine.sturm@gew.de

Fax: 069/78973-103

Internet: www.gew.de

Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)

Twitter: twitter.com/gew_bund

**Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen**

Ralf Becker (Vorsitzender)

06142/838880

r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)

0331/ 964476

heinisch-weiser@t-online.de

Vorstandsteam

Bundesfachgruppenausschuss

Kaufmännische Schulen

Martina Hanns

034348/60020

Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze

030/2159341

kunzmans@t-online.de

Britta Delique

0441/592203

britta@delique.net